

Fraktion SPD
Fraktion DIE LINKE
Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Fraktion Mehrwertstadt Erfurt
Fraktion Freie Wähler/Piraten

Titel der Drucksache:

Antrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE.,
Bündnis 90 / DIE GRÜNEN, Mehrwertstadt
Erfurt, Freie Wähler/Piraten zur Drucksache
0665/20 - Erfurt zum sicheren Hafen machen -
Maßnahmen vor Ort

Drucksache	0903/20
Ä./E.-Antrag zur DS-Nr.:	0665/20
Stadtrat	öffentlich

Beratungsfolge	Datum	Behandlung	Zuständigkeit
Stadtrat	27.05.2020	öffentlich	Entscheidung

Änderungs/Ergänzungsantrag

Der **Titel der Beschlussvorlage** wird wie folgt **ersetzt**:

„Erfurt – Sicherer Hafen“

Die **Beschlussvorschläge** wird wie folgt **ersetzt**:

01 (neu)

Die Landeshauptstadt Erfurt erklärt sich solidarisch mit allen Geflüchteten und auf der Flucht befindlichen Menschen.

02 (neu)

Die Stadt Erfurt erklärt sich solidarisch mit den Zielen der Potsdamer Erklärung. Da es sich bei der Entscheidung zur Aufnahme geflüchteter Menschen primär um eine Aufgabe des Bundes und der Länder handelt, unterstützt die Stadt Erfurt Bemühungen zur Schaffung eines Landesaufnahmeprogrammes in Thüringen.

03 (neu)

Die Stadtverwaltung Erfurt wird beauftragt, basierend auf dem Integrationskonzept der Landeshauptstadt Erfurt, ein Maßnahmenkonzept zu dessen Umsetzung zu erarbeiten. Hierzu sind der Ausländerbeirat und die Fachausschüsse des Stadtrates sowie weitere Akteure der Migrationsarbeit einzubeziehen. Das Maßnahmenkonzept ist im Sozial- und

Jugendhilfeausschuss im letzten Quartal 2020 vorzubereiten und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen. Die Maßnahmenvorschläge aus dem Begründungstext sind einzubeziehen.

04 (neu)

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, einen jährlichen Bericht vorzulegen, in dem die Umsetzung des Integrations- und Maßnahmenkonzeptes der Stadt evaluiert wird.

Begründung:

Mit Beschluss der Drucksache 0839/18 wurde das Integrationskonzept der Landeshauptstadt Erfurt durch den Stadtrat bestätigt. Mit der vorliegenden Beschlussvorlage rückt der Erfurter Stadtrat die konsequente Umsetzung der im Integrationskonzept der Landeshauptstadt Erfurt beschriebenen Maßnahmen, z.B. die priorisierte dezentrale Unterbringung von Menschen mit Fluchthintergrund durch die Stadt Erfurt, in das Zentrum des politischen Handelns.

Es wird die zentrale Aufgabe der Landeshauptstadt sein, mit sich geringeren finanziellen Spielräumen, die Migration und Integration für Erfurt zu steuern und lokal zu gestalten. Hierzu bedarf es eines fundierten und an der finanziellen und organisatorischen Leistungsfähigkeit der Landeshauptstadt orientiertes Maßnahmenkonzept zur Umsetzung des Integrationskonzeptes. Dies sollte nur im Zusammenhang mit einem künftigen Landesprogramm, welches u.a. den finanziellen Ausgleich der tatsächlichen Kosten und Folgekosten regelt, geschehen.

Vier zentrale Positionen sollten bei der Stärkung der Landeshauptstadt als sicheren Hafen und bei der Erstellung des Maßnahmenkatalogs zur Umsetzung des Integrationskonzeptes noch stärker berücksichtigt werden.

(1) Aktive Positionierung gegen Diskriminierung

Die Stadt Erfurt positioniert sich weiterhin öffentlich gegen jede Form von Diskriminierung, insbesondere gegen diskriminierende Praktiken auf institutioneller Ebene, innerhalb der Stadtverwaltung sowie der angegliederten Eigenbetriebe, Beteiligungen und Institutionen.

(2) Schulungen zur Rassismusprävention

Die Stadt Erfurt bietet in Kooperation mit anerkannten Bildungsträgern Schulungen zur Sensibilisierung für Lebensumstände von Geflüchteten sowie weitere Bildungsangebote gegen Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit an. Die Bildungsangebote sollten sowohl für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung, der Ausländerbehörde, der Ordnungsbehörde sowie für im Ehrenamt Tätige angeboten werden.

(3) Ausländerbehörde

Die Ausländerbehörde der Landeshauptstadt Erfurt prüft die grundsätzliche Ausgabe des elektronischen Aufenthaltstitels. Weiter ist daran zu arbeiten, bestehende Zugangsbarrieren für Geflüchtete und Migranten nachhaltig zu minimieren. Die Ausländerbehörde der Stadt Erfurt könnte beispielsweise zusätzlich zum Online-Terminvereinbarungsf formular die Möglichkeit zur Verfügung stellen, sich vor Ort und telefonisch für Behördentermine anzumelden. Alle analogen und digital verfügbaren Formulare, z.B. das Online-Terminvereinbarungsf formular der Ausländerbehörde werden weiterhin in unterschiedlichen Sprachen zur Verfügung gestellt. Der

Stadtrat unterstützt die Stadt Erfurt in ihren Bemühungen, offene Stellen in der Ausländerbehörde im Rahmen der finanziellen Leistungsfähigkeit sowie der Prioritätensetzung der Stadtverwaltung, schnellstmöglich zu besetzen.

(4) Unterbringung

Das konsequente Umsetzen der im Integrationskonzept der Landeshauptstadt Erfurt priorisierten dezentralen Unterbringung von Menschen mit Fluchthintergrund durch die Stadt Erfurt sollte auch durch die Ausschöpfung von Möglichkeiten im Bereich des sozialen Wohnens in Kooperation mit der Kommunalen Wohnungsgesellschaft mbH Erfurt (KoWo) und weiteren in Erfurt tätigen Wohnungsgesellschaften geschehen. Die Stadt Erfurt vermeidet zum Schutz von in Gemeinschaftsunterkünften untergebrachten geflüchteten Menschen, die in §3 der Thüringer Verordnung über Mindestbedingungen für den Betrieb von Gemeinschaftsunterkünften und die soziale Betreuung und Beratung von Flüchtlingen und Asylsuchenden formulierte Ausnahmeregelung anzuwenden.

Anlagenverzeichnis

26.05.2020, gez. i. A. [REDACTED]

Datum, Unterschrift Fraktion SPD

26.05.2020, gez. i. A. [REDACTED]

Datum, Unterschrift Fraktion DIE LINKE.

26.05.2020, gez. i. A. [REDACTED]

Datum, Unterschrift Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

26.05.2020, gez. i. A. [REDACTED]

Datum, Unterschrift Fraktion Mehrwertstadt Erfurt

26.05.2020, gez. i. A. [REDACTED]

Datum, Unterschrift Fraktion FREIE WÄHLER/PIRATEN